

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk)

### mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 109.

Freitag, den 11. Mai 1923.

163. Jahrgang.

## Neue Schreckensurteile.

### Verhängung der Todesstrafe durch ein französisches Kriegsgericht.

Düsseldorf, 11. Mai. Das französische Kriegsgericht verhandelte in seiner Sitzung am Dienstag und Mittwoch gegen den Kaufmann Schlägerer aus Berlin, den Kaufmann Sabowski aus Essen, den Studenten der Medizin Becker, den Schlosser Werner aus Wolzhan, den Kaufmann Zimmermann, den Zeichner Bieling aus Essen und den Kaufmann Kuhlmann. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, im März und April im besetzten Gebiet zum Schaden der Besatzungsgruppen Kadetten gesammelt, verbreitet und den Berliner Behörden übermittelt zu haben. Ferner waren sie beschuldigt, Anschläge gegen Schanzen, Zurechnungen und dergl. verübt zu haben. Ein weiterer Punkt der Anklage betraf die Erziehung des Kommunisten und französischen Spiesels Ender, der angeblich von Sabowski erschaffen sein soll. Die Angeklagten haben in der Verhandlung sämtliche ihnen zur Last gelegten Vergehen in Abrede gestellt. Das Kriegsgericht verurteilte Schlägerer zum Tode, Sabowski zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Becker zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit, Werner zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit, Bieling zu fünf Jahren Gefängnis, Kuhlmann zu sieben Jahren Gefängnis und Zimmermann zu zehn Jahren Gefängnis.

Gegen Sabowski wird außerdem noch wegen der Erziehung des Kommunisten weiter verhandelt werden. Am Montag verhandelte das französische Kriegsgericht in Mainz unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen eine Reihe von Gewerkschaftsführern und Angehörigen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin, die dem Beamte des Direktionsbezirks Mainz, die vier ungarischen Vierteljahr verhaftet worden, weil sie die Eisenbahner allgemein aufgeführt haben sollen, nur die Befehle und Anordnungen der deutschen Regierung zu befolgen. Sämtliche Angeklagte sind seitdem in Haft und wurden vorgeführt. Die Verhandlung war in jedem Falle kurz und schematisch. Es wurden folgende fürchterlichen Urteile gefällt: Roth, Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 10 Jahre Gefängnis; Becker, Kassierer des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 6 Monate Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe; Börsner, Ortsbeamter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 7 Jahre Gefängnis; Leppert, Aktivist der Beamtenebene des Deutschen Eisenbahnerverbandes, fünf Jahre Gefängnis; Weise, Schreibschreiber des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 4 Monate Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe; Heinicke, Vorsitzender des Betriebsrates in Wiesbaden, 3 Jahre Gefängnis; Rufe, Ortsbeamter des Eisenbahnerverbandes, 8 Jahre Gefängnis; Karadorff, Eisenbahnbedienter, 3 Monate Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe; Engel, Eisenbahnbedienter, 1 Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe; Künzler, Vorsitzender des Betriebsrates Mainz, 6 Jahre Gefängnis; Salomon, Schwind, Angestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 4 Jahre Gefängnis; Hummel, Oberbaureiter der Eisenbahndirektion Mainz, 1 Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe; Datz, Regierungsbaureiter der Eisenbahndirektion Mainz, 8 Jahre Gefängnis; Erising, Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, 6 Jahre Gefängnis; Ludwig, Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, 6 Jahre Gefängnis; Krimmel, Vertreter der Gewerkschaft der Rangierer, 6 Jahre Gefängnis; Vieke, Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, 7 Jahre Gefängnis. Diese Schreckensurteile lösen in den Kreisen der Eisenbahner größte Erbitterung aus.

Die jetzt Verurteilten saßen sechs Wochen in Haft, ohne daß ihnen die geringste Mäßigkeit gegeben wurde. Sie wurden nur den Besuch von Angehörigen empfangen und sich mit ihnen nur in Gegenwart von französischen Wächtern durch ein Gitter unterhalten.

Das Militärtribunalgericht der 47. Infanteriedivision in Weidlinghausen verurteilte einen Kreisler zu 30 Tagen Gefängnis und einen Kreisler zu 15 Tagen Gefängnis wegen angeblicher Beleidigungen der französischen Truppen. Der Oberprimar Medler aus Weidlinghausen, 17 Jahre alt, erhielt wegen Beleidigung von Angehörigen 20 Tage Gefängnis. Ein Arbeiter aus Bernau wurde wegen Kritik des französischen Militärismus auf einen Monat ins Gefängnis geschickt. In Dortmund wurden wegen Anstößens von Plakaten wieder mehrere Personen verhaftet, darunter der Museumsdirektor Professor Baum.

### Neue Gemalturteile gegen deutsche Zollbeamte.

Vonn, 11. Mai. Vom französischen Kriegsgericht wurde ein Zollbeamter zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Millionen Geldstrafe verurteilt, weil er nach der Beschlagnahme noch Gelder zu Vöhen verwandt hatte. Ein

anderer Beamter, der wegen des gleichen Vergehens angeklagt war, erhielt drei Monate Gefängnis und 25 Millionen Geldstrafe.

### Krupp im Düsseldorf-Gefängnis.

Düsseldorf, 11. Mai. Herr Krupp von Bohlen und sein Direktor befinden sich im Düsseldorf-Gefängnis.

### Frankreichs Sehnsucht nach Unruhen im Emdrungsgebiet.

Paris, 11. Mai. Der „Matin“ läßt sich aus Berlin melden, daß die Beurteilung auf den Befehl des Generals Dequaitte nach dem Gefängnis in Düsseldorf gebracht worden sind und daß das dortige Kriegsgericht über die Befragung nicht vor acht Tagen beschließen werde. Das Blatt schreibt dann weiter:

Im Osten sei es noch nicht zu erneuten Ausgrabungen gekommen, doch wolle das nicht belagen, daß man nichts zu befürchten hätte. Man könne schon jetzt in der Nähe der Fabriken und auf den Straßen Ansammlungen beobachten und es herrsche eine gewisse Erregung in den Volksteilen. Nach „L'Humanité“ besteht eine Bedrohung aus dem besetzten Gebiet, es ist gerätewärzig kein Anlaß, etwas Ungeordnetes festzustellen, jedoch würden überall starke Ansammlungen und über das Aufschwollen des Streikbewegungen berichtet.

Anschließend soll die französische Bevölkerung durch solche Nachrichten überredet werden, die man dann den Deutschen in die Schuhe schieben will.

## Hände weg vom Deutschen Rhein!

Die Wacht an Rhein und Ruhr bleibt fest, wenn wir alle zusammenstehen.

Unsere Hilfe ist das

## Deutsche Volksoffer!

### Deutsche Note an die Neutralen.

Die deutschen Volkswirtschaften und Gewandtschaften sind beunruhigt, daß es nicht an der Aufrechterhaltung berechtigten fremden Regierungen eine Protestnote zu überreichen, die den Zweck des Krupp-Prozess zugrunde liegenden Forderungen und das Urteil darlegt. Weiter wird erklärt:

Als am Tage nach der Bluttat die erste Verhaftung von Mitgliedern des Kruppischen Direktoriums erfolgte, hat die deutsche Regierung bei der französischen Regierung gegen den Verstoß, über das Verschulden der Besatzungsgruppen einen Schlichter zu ernen, sofort Vernehmung eingeleitet. Außerdem hat sie aber, um die Hand zu einer unparteiischen Feststellung des Sachverhalts zu bieten, schon vor Wochen der französischen Regierung den Vorschlag gemacht, eine internationale Untersuchungskommission einzusetzen, die gemäß dem Haager Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte.

Die französische Regierung hat auf diesen Vorschlag nicht geantwortet. Sie hat es vorgezogen, die Frage, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungsgruppen liegt, von einem aus Angehörigen dieser Truppen gebildeten Kriegsgericht entscheiden zu lassen, das zugleich Partei und Richter war. Dem entspricht das Ergebnis, wie es jetzt in dem Urteil des Kriegsgerichts vorliegt. Anstatt das an den deutschen Arbeiter begangene Verbrechen zu sühnen, wird in skandalöser Fälschung der Tatsachen eine neue Unthat begangen, die schuldlos, ebenfalls Männer ins Gefängnis wirft und das größte industrielle Unternehmen des Ruhrgebiets der Fälschung berahmt.

Die deutsche Regierung protestiert feierlich gegen diesen Gewaltakt, den Frankreich in dem Augenblick begeht, wo Deutschland seinerseits einen Schritt getan hat, um im allgemeinen Interesse die Verhandlung des gegenwärtigen Konflikts herbeizuführen.

### Ein neuer Mord.

Dortmund, 11. Mai. Beim Ueberschreiten der Gmscher Brücke wurde der Schuldirektor Jersch erschossen. Eine Menge des Vorfalles wurde festgestellt.

## Deutschlands Wirtschaftsbilanz vor und nach dem Kriege.

Deutschland hat von Anfang an den Alliierten erklärt, die Zahlungs- und Leistungsleistungen gingen über sein Vermögen und seine Kraft. Vier Jahre Frieden und Versuch zu erfüllen haben bewiesen, daß die Reparationsforderungen Europa ruinieren müssen. Die deutsche Regierung hat die im Versailles Vertrag vorgesehene Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands geordert und einen Zahlungsanstoß, um die gerüttelte deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch retten und wiederaufbauen zu können. Die Welt ist bereit, zu dieser Politik der Vernunft zurückzukehren. Nur Frankreich geht den Weg der Gewalt weiter, an dessen Ende das Ziel, die Vernichtung Deutschlands und der Rand des deutschen Landes steht.

Der Zentralverlag in Berlin, dessen Vudreihe „Staat und Wirtschaft“ bekannt ist, bringt eine Schrift heraus, „Deutschlands Wirtschaftsbilanz vor und nach dem Kriege“ von Dr. Raab. Anhand der neuesten Berechnungen und Schätzungen wird hier nachgerechnet das Ziel und Sünden der deutschen Volkswirtschaft einander gegenübergestellt, ohne jede Verschönerung, ohne jede Tendenz. Die Zahlen sprechen für sich. Das Vermögen der deutschen Volkswirtschaft vor dem Kriege an Staats- und privatem Eigentum, Grundbesitz, Bergwerken, Eisenbahnen, Auslands Guthaben, Gold usw. wurde (reell hoch) auf 376 Milliarden Goldmark geschätzt. Der vierjährige Durchschnittswert der erzeugten Güter betrug 37 Milliarden, der Ertrag der Auslands Guthaben 3 Milliarden Goldmark. Dieser Ertrag fand folgende Verwendung: Für öffentliche Zwecke des Reiches, der Länder und Gemeinden 5 Milliarden, für Erhaltung und Vermehrung des Kapitals der Volkswirtschaft 8 Milliarden, für den Verbrauch der Bevölkerung 27 Milliarden.

Durch die Verringerung und Verlustung des Volkswermögens in der Kriegs- und Nachkriegszeit von 1914-1920, traten verhängnisvolle Veränderungen ein, die in folgender Aufstellung zum Ausdruck kommen:

Kosten der Kriegsführung	35 Milliarden
Verluste an Deutschlands Verbündete	9 „
Verlust der Auslands Guthaben	11 „
Wert der abgetretenen Gebiete (außer Kolonien)	38 „
Ausführung des Waffenstillstands- und Friedensvertrages	37 „
Abführung infolge Substanzverminderung	35 „
Verluste infolge der Geldentwertung	5 „
<b>Zusammen:</b>	<b>170 Milliarden.</b>

Von dem früheren Volkswermögen blieb Deutschland nach Verlust dieser 170 Milliarden 1920 noch ein Bestand von 206 Milliarden Goldmark. Durch das Londoner Ultimatum, das die Zahlungsleistungen der Alliierten auf 132 Milliarden Goldmark festsetzte, blieb Deutschland ein freies Volkswermögen von nur noch 74 Milliarden.

Wie stellte sich nun 1921 die deutsche Wirtschaftsbilanz? Der Wert des Ertrages der deutschen Wirtschaft vermehrte die einem weiteren durchschnittlichen Rückgang der Erzeugung um 40 Prozent auf 60 Prozent der Anzahl der Erzeugung vor dem Kriege nur 22 Milliarden Goldmark zu erreichen. Ausgegeben wurden 1922: für öffentliche Zwecke 4 Milliarden (im Frieden 5), für Erhaltung und Vermehrung des Kapitals der Volkswirtschaft 4 (8), für Zwecke des Verbrauchs der Bevölkerung 19 (im Frieden 27), zum Ausgleich der Zahlungsbilanz 6 Milliarden, zusammen 33 Milliarden. Die deutsche Volkswirtschaft zeigte 1922 also einen Verlust von 11 Milliarden Goldmark. Mit Beginn des Jahres 1922 war also das deutsche Volkswermögen ungefähr auf die Hälfte verringert, das unbelastete sogar auf ein Sechstel. 1921 vermehrte der Ertrag der deutschen Volkswirtschaft nur  $\frac{1}{2}$ , aber an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen, das 3. Drittel mußte vom Kapital genommen werden. Noch ungünstiger gestaltete sich die deutsche Wirtschaftsbilanz 1922. Das deutsche Vermögen verringerte sich weiter, mit wachsendem, weiter vom Kapital zu leben, d. h. weitere Teile des deutschen Volkswermögens gingen in fremde, ausländische Hände über. Wir sind noch ärmer geworden. Das deutsche Volkswermögen betrug mit Beginn dieses Jahres bei weitem nicht mehr die Hälfte des Friedensvermögens. Diese Berechnung sagt jedem Vernünftigen genug. Die Milliardenforderungen Frankreichs an Befehlungslosten und Reparationen sind eben unerfüllbar.

### Deputie „beschlagnahm“ die Kolonien des Ruhrgebietes.

Esien, 9. Mai. General Deputie hat eine Befugnis erlassen, durch die alle Befugnisse an die Kolonien der Ruhrgebietes übertragen werden. In Folge dessen sind die Befugnisse der Kolonien der Ruhrgebietes auf die Kolonien der Ruhrgebietes übertragen worden. In Folge dessen sind die Befugnisse der Kolonien der Ruhrgebietes auf die Kolonien der Ruhrgebietes übertragen worden.

### Die englische Antwortnote.

In Downingstreet fand unter dem Vorsitz Curzon eine Ministerratsitzung statt, in der die britische Antwortnote an Frankreich am 10. Mai 1918 vorgelesen wurde. Die Antwortnote ist ein Dokument, das die britische Regierung auf die französische Antwortnote vom 10. Mai 1918 antwortet.

#### Im Unterhaus

Frage des Mitglied Berkeley, ob der Minister jetzt sagen könne, ob dem Unterhaus die britische Antwort auf die deutsche Note noch rechtzeitig für die heutige Debatte zugeföhrt werden würde. Waldin antwortete: Nein, er glaube nicht, daß die Note an Deutschland schon abgegangen sei. Waldin antwortete: Nein, er glaube nicht, daß die Note an Deutschland schon abgegangen sei.

Die dem Cuius d'Orsay nachstehenden Blätter befinden sich heute, daß der französischen Regierung bisher kein Entwurf einer englischen Note und auch keine Mitteilung darüber zugegangen sei. Eine Debatte, aus London, die gestern am frühen Nachmittag in Paris eintraf, sagt sogar hinzu, daß der Bericht der Note der englischen Regierung noch garnicht endgültig festgelegt sei.

### Pariser Nachrichten über die englische und italienische Antwort an Deutschland.

Paris, 11. Mai. Im Vordergrund der Betrachtungen der Pariser Presse stehen die Erwartungen über den Inhalt der Antwortnoten, welche England und Italien an Deutschland richten werden. Die Pariser Presse erwartet, daß die beiden Regierungen das deutsche Angebot als unannehmbar ablehnen werden.

### Auch von den Ausweisungen rückt England ab.

London, 11. Mai. Im Laufe der gestrigen Sitzung des Unterhauses hat der Unterrichtssekretär des Auswärtigen Amtes Mac Neill in der Beantwortung einer Frage die Erklärung abgegeben, die zahllosen Ausweisungen deutscher Beamter, die von der Interalliierten Rheinlandkommission angeordnet wurden, seien durchweg ohne die Zustimmung des englischen Kommissars erfolgt.

### Englands Bedrohung durch Frankreichs Luftflotte.

London, 11. Mai. Durch Virelens hat die Regierung in den letzten Überaushebung die Regierung, welche Informationen über den Bau von Flugzeugen in Deutschland habe, 1. für militärische und 2. für zivile Zwecke und welches die Pläne der Regierung über den Luftkrieg seien, den die Scherke in England 1. für militärische und 2. für zivile Zwecke und welches die Pläne der Regierung über den Luftkrieg seien.

arbeitet würde. Alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen lauten jedoch entgegengekehrt und seine Quellen wären, wenn auch nicht offiziell, doch zuverlässig. Lord Salisbury erwiderte im Namen der Regierung, was die besondere Frage über Deutschland betreffe, so befinde sie sich im Grunde in der Annahme, daß die deutsche Regierung dem Versailles Vertrag zustimmende.

### Die Kanlerrede verliöhnen.

Berlin, 11. Mai. Der „Voss. Zig.“ zufolge hat der Reichskanzler auf seine Abreise, am Freitag in einer großen außerparlamentarischen Rede zu der Antwortnote der Alliierten auf die letzten deutschen Vorschläge Stellung zu nehmen, versprochen, weil die englische und die italienische Antwort nicht vor Sonnabend zu erwarten sind.

### Ein Pazifistenallert in Gouffonne.

#### Worowsky ermordet.

Lausanne, 11. Mai. Am Donnerstag Abend gegen 9 Uhr wurden die drei Mitglieder der russischen Delegation, der russische Vertreter in Rom Worowsky, sowie der frühere Presschef der russischen Delegation A. B. von der Berliner Botshaft und dessen Sekretärin im Speisezimmer des Hotels „Geil“ von offenbar im Auftrag der sogenannten Nationalen Liga (Schweizer Pazifisten) handelnden Leuten durch mehrere Revolvergeschüsse tödlich verwundet. Worowsky ist den Schüssen sofort erlegen, während die beiden anderen schwer verletzt sind.

### Eine neue französische Note an die Türkei.

Paris, 11. Mai. Die französische Regierung hat an die Türkei eine Note abgeandt, in der sie gewisse Behauptungen, die Truppenkonzentrationen betreffen zurückweist und auch einige andere Behauptungen der türkischen Regierung zu widerlegen versucht. Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die türkische Regierung nicht die verschiedenen letzten angebotenen Vorschläge annehmen sollte.

### Blutige Zusammenstöße zwischen Stahlhelmlenten und Kommunisten in Eilenburg.

Eilenburg, 10. Mai. Wie die „Eilenburger N. Nachr.“ berichten, kam es am heutigen Stimmfesttag anlässlich eines Streikereverbestandes, zu dem sich Arbeitervereine aus dem ganzen Kreise sehr zahlreich herbeigefunden hatten, zu sehr heftigen Zusammenstößen zwischen den Stahlhelmlenten und den kommunistischen Gruppen. Die Zusammenstöße ereigneten sich in der Nähe der Eisenbahnstationen.

### Die Bergarbeiterläöhne.

#### Neue Anleihepreise.

Berlin, 11. Mai. Nachdem die Bergarbeiterorganisationen den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, der eine Lohnerhöhung ab 1. Mai um 10 bis 18 Prozent vorsah, abgelehnt haben, hat das Reichsarbeitsministerium davon Abstand genommen, diesen Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Es ist vielmehr Termin zu neuen Verhandlungen zwischen den Parteien unter dem Vorbehalt des Reichsarbeitsministeriums für Sonnabend vormittag anberaumt worden.

## Aus Stadt und Umgebung

### Beschlüsse des Provinzialausschusses.

In der letzten Sitzung des Provinzialausschusses wurden u. a. folgende Beschlüsse geföhrt. Von dem im Bereich der Provinzialverwaltung bestehenden 10 Landesbauämtern soll eins durch Neubestellung der ständigen, provinzialen Beamten veranlagungsaufgaben erhaltet werden.

Als Nachfolger für das ordentliche Mitglied des Bezirksausschusses, Stadtrat Bauer in Merzbach, welcher sein Amt niedergelegt hat, tritt nach den Wahlvorstellungen das bisherige stellvertretende Mitglied, Kreisreferent Dr. G. in Halle und an dessen Stelle der Abgeordnete Krüger in Merzbach. Der Provinzialausschuss erklärte die Beschlüsse für geföhrt.

Der Provinzialausschuss erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß das Laubmilchheim in Schleiflingen in ein Erholungsheim für Kinder umgewandelt wird. Eine Stadtvorstandssitzung findet am kommenden Montag nicht statt.

#### Ein Fahrrad gestohlen.

Heute morgen um 11 Uhr wurde am Postamt ein Fahrrad gestohlen. Diebstahl, schwarzer Rahmen, nach oben gebogene Lenkstange. Am Vorderrad befand sich ein alter, am Hinterrad ein neuer Mantel.

#### Mamernus, Franzosen, und Servatis

neunen sich die Eisehelfigen, und ihr Ruf ist nicht gerade der beste. Denn sehr oft bringen sie uns Nachtröste, die die junge Generation des Bezirkes empfindlich schädigen, wenn nicht gar ganz vernichten. Nach dem Glauben unserer Väter, der alten Germanen, regten sich in den Tagen vom 11. bis zum 13. Mai die Wälder gegen den jungen Mann.

Die Wälder gegen den jungen Mann, das haben schon viele Leute zu ihrem eigenen Schaden erfahren müssen. So auch Gärtnern und Befehl, die Drangerei des Schloßes Sanssouci schon am 10. Mai ins Freie zu schaffen. Zwei Tage darauf hatte er die Befehrer — die Bäume gingen durch die Nachtröste zugrunde.

Die Wälder gegen den jungen Mann, das haben schon viele Leute zu ihrem eigenen Schaden erfahren müssen. So auch Gärtnern und Befehl, die Drangerei des Schloßes Sanssouci schon am 10. Mai ins Freie zu schaffen. Zwei Tage darauf hatte er die Befehrer — die Bäume gingen durch die Nachtröste zugrunde.

#### Musikalischer Gottesdienst.

Wie wir erfahren, soll am Sonntag in der St. Vitus-Kirche (Altstadt) wieder ein musikalischer Gottesdienst stattfinden werden. Wie wir erfahren, soll am Sonntag in der St. Vitus-Kirche (Altstadt) wieder ein musikalischer Gottesdienst stattfinden werden.

#### Theater-Beisens-Extempore.

Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden: 15., 16., 17. und 18. Mai. Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden.

Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden: 15., 16., 17. und 18. Mai. Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden.

Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden: 15., 16., 17. und 18. Mai. Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden.

Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden: 15., 16., 17. und 18. Mai. Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden.

Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden: 15., 16., 17. und 18. Mai. Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden.

Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden: 15., 16., 17. und 18. Mai. Die Komödie wird nunmehr an folgenden Tagen im Theater aufgeführt werden.

über dem Kloster-Weinberg, das von seiner Stifterin wohl ausgestattet, Jahrhunderte lang dem Sturm der Zeiten stand hielt auch in Kriegsjahren alter Zeiten, bis die besondern Not unserer Zeit auch an seine Wände klopfte. Weiblich sind nun schon fast hundert Jahre lang der Sand und Staub der Jahrhunderte auf dem Schiffe im Sturm begehren kann. Es gelob und gelobte ihm so lieb, da dem Christlichen-Bauhaus von seiner Stifterin zu seinem Bestand vermögenshaft ihm genommen worden ist, wobei der Stifter der Aufstehende die sagt hat, Trauer vertritt durch Entzifferung die sich ergebend ist durch den frühen Tod des am 24. April 1923 heimgegangenen Stadtrat Dünzer um ein lieber Bauhausfreund gewonnen worden, der in dankbarem Andenken lebt. Zahlreich sind in Stadt und Land die Christlichen-Bauhaus-Freunde. Herr Weidner hat am Sonntag-Morgen 5 Uhr zum Merseburger Domstift gekommen. Schmidt.

#### Universitätsstudium ohne Preiszahlung.

Hochgebildete, die namentlich in ihrem Bereich den Beweis vorzulegen vermögen, haben, aber durch persönliche Verhältnisse nicht auf einem der gewöhnlichen Ausbildungswege zur Hochschule gelangt sind, können auf Grund eines eben erdienten Erfolges durch besondere Entscheidung des Ministeriums zur Aufnahme zugelassen werden. Es ist dabei ein Mindestmaß an wissenschaftlicher Bildung notwendig, bei dessen Prüfung oder sonstiger auf Wissen, als auf Denkfähigkeit und Auffassungsgabe Wert zu legen ist; das allgemeine Wissen muß aber die Fähigkeit beweisen, dem akademischen Unterricht auf dem gewöhnlichen Studiengebiete zu folgen. In erster Linie müssen indes besonders Leistungen im Fachgebiet vorliegen. Anträge sind von dritten Personen, die dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit nicht fern stehen und den Bewerber kennen, an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu richten; neben den gewöhnlichen Unterlagen (Geburtsurteil, Nachweis über die wissenschaftliche Befähigung, Zeugniszeugnisse) muß dem Bewußt eine nähere Begründung beiliegen. Ein Aufschub, dem u. a. ein Vertreter des Faachs angehört, in dem der Bewerber publizieren will, und ein pädagogischer Praktiker, entscheidet über die Zulassung zu einer Prüfung. Der Bewerber muß eine Mitteilung anfertigen, in welcher er ein solches Studium unterrichtet; auf Wunsch sollen ihm weitere Aufgaben zur Wahl gestellt werden. Beim Befehlen der Prüfung erhält der Bewerber die Erlaubnis, an allen preussischen Universitäten das von ihm gewählte Fach zu studieren.

#### Neue Verfahren für die Volksschule.

Für die Volksschule blieben nach den vier Jahren der Grundschule die oberen Jahrgänge übrig. Auf die Aufstellung von Verfahren, die sich als notwendig erwiesen, sind aufgestellt worden. Sie sollen mehr als die Grundschule die Bedürfnisse des Lebens berücksichtigen, aber auch den Uebertritt in die Aufbauschule erleichtern. Hauptfache soll nicht das Aufnehmen des Stoffes sein, sondern Erarbeitung durch Bestätigung, Vertiefung, Vertiefung und ein selbständiges Denken unter Führung des Lehrers. Die Handhabung soll möglichst nutzbar gemacht werden. Geeignete Bücher sollen die Schulbücher ersetzen. Der Lehrplan sieht 28-32 Wochenstunden vor, wozu 4 Stunden, Deutsch 6-8, Geographie und Sachkunde 2, Erdkunde 2, Naturkunde 2, Rechnen und Hausarbeit 3, Zeichen 2, Musik 2, Turnen 2, Berufunterricht für Knaben 2, Nadelarbeit für Mädchen 2-3.

#### Wer trägt den Schaden gestaffelter Banknoten?

Der Devisenhandel leidet nicht nur unter den großen Kurschwankungen, sondern auch unter den Fälligkeiten der an den Markt gebrachten Ware. Dem Käufer kann es sehr leicht geschehen, daß eine falsche Note erhalte. Wird sich natürlich der Verkäufer verantworten, so ist es schwer zu liefern. Aber es fragt sich, ob er das auch kann noch, wenn seit der Fälligkeit der falschen Note einige Zeit verstrichen ist. In einem Falle, der bis zum Reichsgericht gelangte, machte der Käufer geltend, er sei zur Rücknahme der falschen englischen Banknoten und zur Lieferung einer echten nicht mehr verpflichtet, weil seit der Ausbändigung bereits zehn Tage verstrichen waren. Der Käufer hätte das Papier sofort auf seine Echtheit prüfen müssen.

Bekanntlich hat bei einem Kauf, der für beide Teile ein Handelsgeschäft ist, der Käufer die Ware unverzüglich nach der Ablieferung zu untersuchen und einen etwaigen Mangel zu rügen. Unterbleibt das, so gilt die Ware als genehmigt. Das Reichsgericht meint aber, daß diese Vorschriften auf den Devisenhandel nicht anzuwenden seien, und zwar deswegen nicht, weil die gelieferte Ware offensichtlich von der Bestellung so erheblich abweicht, daß der Verkäufer die Genehmigung des Käufers als ausgeschlossen betrachten müßte. Eine sofortige Prüfung von Banknoten dürfte man nach maßhaltigen Wert der Komposition nicht. Ob ein solcher Handelsgeschäft besteht, war von der Vorinstanz, dem Oberlandesgericht in Köln, nicht geklärt worden, insoweit das das Reichsgericht die Entscheidung auf den Devisenhandel ausdehnt, ist ein wenig fraglich. Nach dem, wenn sie handelsüblich ist, Urteil des Reichsgerichts vom 23. September 1922.

#### Schauspieler Halle.

Die Königin vom Kaschmar. Operette in 3 Aufzügen von Emil Jaeger. Musik von Ernst Smigalla.

Am hiesigen Stadttheater hat man seit kurzem mehr Sympathien für die Operette, als man eigentlich der Intendenz gewohnt ist. So war denn auch der gestrige Abend der Aufführung der „Königin vom Kaschmar“ gewidmet, einer Operette, wie sie das Publikum — wenigstens die breite Masse des Publikums — verlangt. Das zeigte schon der tolle Erfolg, den diese Aufführung erzielte, und die verschiedenen „Hauptnummern“, das zeigen die reichlichen Blumen- und Straußendünen, die der anwesende Komponist und Violineist nach dem 2. Akte einbrachten. Freilich dürfte man nach maßhaltigen Wert der Komposition nicht viel fragen, Smigalla hat, wie schon im vorigen Artikel, in seiner Operette Melodien geschaffen, die mitunter sehr, sehr stark an moderne Schlager antönen. Oder dringt z. B. durch den zweiten Akt nicht häufig die bekannte Weisheit: „Es geht auf der Bühne ein kleines Spiel?“. Das ist ein Mangel, der durch flache Charakterisierung des Helden noch vergrößert wird. Das Vioketto ist ein gewöhnliches Operettenvioketto. Ein Herrscher, in unheimlicher Färbung, König von Dänemark, macht einem einfachen Strohmann den Hof, wird von seiner Gattin, der Königin heimlich beobachtet und schließlich gefasst. Nach verschiedenen fadenscheinigen Verwicklungen springt der Generaladjutant des Königs ein und heiratet das zur Grafin erhabene bürgerliche Mädchen. Das ganze handelt in Wien, z. B. des Wiener Kongresses. Mit der Zeitangabe 1814 war die Ansetzung in den Wiederentwurf gebracht. Das 2. Acte in besten Händen die Regie lag, zeigte wieder seine hohe Fähigkeit, wirksame, farbenreiche Bühnenbilder aufzustellen. Bei der Aufführung interessierte vor allem ein Gast in der Titelrolle. Grotel z. B. u. a. die nachher Metzgerer aus dem hiesigen Operettentheater (Apollotheater) nach bekannt ist, stellte sich zum ersten Male auf der hiesigen Bühne vor und nahm sich als Operettenkomponist gar nicht über aus, wobei sie ihrem Hohen Spiel auch den Hohen Klang ihres angenehmen Sprechs lieb. Ihr Partner Hans Waldburg

## Letzte Depeschen

### Verbreitung der englischen Antwortnote am Sonntagabend.

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zu der englischen Antwortnote wird dem „Welt Anzeiger“ aus London berichtet, es wüsste sich die Nachricht, daß diese Note heute der französischen und belgischen Regierung und am Sonntagabend dem deutschen Botschaftsträger in London überreicht werden soll. Es handle sich um ein ziemlich großes Schriftstück, welches etwa vier Seiten umfasse. Zu dem Inhalt der Note erlaube das „Welt Journal“, es liehe noch nicht, sei in dieser Antwort auf die Sicherungsfrage ganz besonders eingegangen worden sei.

### Das Ultimatum der französischen Eisenbahner.

Frankfurt a. M., 11. Mai. Den Kampf um die deutschen Eisenbahnen führen die Franzosen mit aller Kraft, aber auch mit aller Granatmetalle weiter. Sie führen ihn schon um deswillen weiter, weil ihnen das Ultimatum der eigenen Eisenbahner vorliegt, der bei den rheinischen Bahnen beschäftigten Franzosen, das ihre Uebernahme in der Staatsbahn bis zum 15. Mai fordert. Am nun dieser Forderung entgegenzutreten zu können und für alle Fälle gerüstet zu sein, wollen die Franzosen bis dahin die deutschen Eisenbahner müde gemacht und zum Dienst für ihre Regie gezwungen haben.

So werden die Eisenbahner jetzt dadurch besonders geschadet, daß die Franzosen die Aufstellungen nicht mehr die Mitnahme der Möbel gestatten. Am Sonntag wurden weitere 35 Eisenbahner ausgewiesen, und die Sachen, die schon zum Teil in Wägelwagen standen, wurden von den Franzosen weggeholt. Es gab dabei auch in Wägen nach dem Daurbühnenhof gebracht. Die Wohnungen der Ausgewiesenen müssen fortan in einem solchen Zustand zurückgelassen werden, daß sie von französischen Eisenbahnen sofort besetzt werden können!

### Der heutige Dollarkurs: 40,250.

Berlin, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Dollar notierte heute vorbörslich 38,000—38,500, mittags um 1 Uhr 40,250.

### Massenverhaftungen in Rom.

Rom, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Abgeordnete Vicelli Parra ist wegen eines Komplotts gegen die Sicherheit des Staates mit 36 anderen Kommunisten verhaftet und dem Staatsgefängnis eingeliefert worden.

— ein Heldentum in der Operette? — bot einen kraftvollen König Friedrich von Dänemark, der nur mitunter etwas für ein Dramatische Überzüge. Große Spieler, erregte Robert Förster in der urkomischen Rolle des Stadtrat u. D. Strampfinger, die ihm besonders gut zu liegen schien.

Auch Eitz Tiedemann, als eifriger, schmeißender Volksgeliebter, der erregte, füllte sich seinem Element und wenn er so gut singen wie spielen könnte, wäre er ein ausgezeichnete Operettenkomiker. Am besten schmit bei der geliebten Auführung weder Heinrich Fesmer als heldenmäßige Charakter, Baron von Frankenfeld als Heber Gesang und Spiel sei nur das gelangt; es ist bemerklich, daß Herr Fesmer die halbfache Höhe mit Ende der Spielzeit verläßt. In ihm verlieren wir einen Tenorbass, der nicht leicht zu ersetzen ist. Die Heldenrollen der Dänemark, der Chor ließ am besten etwas Abwärtig entwerfen der englische Gesänge, die Witze Weisgraber, die als Vaterfiguren auf dem Hofmarkt wirkt und der Dirigent Hirtshofer fanden in Charlotte Böder, Karl Hummelshelm, Hermine Siegler und Paul Jung triftliche Vertreter. Der Chor ließ am besten etwas Abwärtig entwerfen der englische Gesänge, die Witze Weisgraber, die als Vaterfiguren auf dem Hofmarkt wirkt und der Dirigent Hirtshofer fanden in Charlotte Böder, Karl Hummelshelm, Hermine Siegler und Paul Jung triftliche Vertreter. Der Chor ließ am besten etwas Abwärtig entwerfen der englische Gesänge, die Witze Weisgraber, die als Vaterfiguren auf dem Hofmarkt wirkt und der Dirigent Hirtshofer fanden in Charlotte Böder, Karl Hummelshelm, Hermine Siegler und Paul Jung triftliche Vertreter.

### Verjammungen und Veranstaltungen.

Stolze-Schrey: Laut Anzeige in heutiger Zeitung findet am kommenden Sonntag eine fernorgabliche Veranstaltung statt, die die Bedeutung weite Reich verdient. Die Veranstaltung ist mit dem Reichsverband der Industriellen, der Arbeit und den Angehörigen der freien Berufsberufe in Verbindung zu erleichtern. In friedlichem Wettbewerb werden die Reichsverbände nach Stolze-Schrey am Sonntag in Köln zeigen und in der anschließenden Festigung neue Anregungen für erfolgreiche Weiterführung in sich aufnehmen. Auch werden die Reichsverbände der fernorgablichen Ausstellung und die Teilnahme an der öffentlichen Festigung nur empfohlen werden. Wir wünschen der Tagung einen recht guten Verlauf.

### Mordverdict wegen verheirateter Liebe.

Leipzig, 8. Mai. Ein aufsehenerregender Vorgang spielte sich am Sonntagabend, früh kurz vor 8 Uhr in der Karl-Heine-Straße ab. Um die angegebene Zeit kam eine Kontoristin, die sich nach ihrer Arbeitszeit bei der Firma Zentriner u. Wacker begeben wollte, mit ihrem ehemaligen Geliebten, einem 23jährigen Marktweiser, die Straße entlang, am links nach rechts. Voran schritt der Marktweiser das Mädchen zu wirgen gehen. Auf die Hülferufe der Ueberfallenen eilten Passanten hinzu, die aber nicht verhindern konnten, daß der Mörder dem Mädchen, das er zu Boden gemorren hatte, mit einem Säulenmesser noch mehrere Verletzungen beibrachte. Der Marktweiser floh und übergab ihn der Polizei.

### Handel und Verkehr.

Berlin, 9. Mai. Der Devisenmarkt zeigte heute eine langsam zunehmende Besserung. Dollars fest um 37,500 ein und gegenwärtig auf 37,800 ein, auf welchem Stande sie sich auch nachbörslich hielten. Die Reichsbank griff wiederholt mit Abgaben ein. Valennoten 79, Rumänen 16,700, Oesterreicher 51, Ungarn 4,60.

### Antliche Berliner Weltkulturstadt am 9. Mai.

Amsterdam 14 713, 12—14 788,88, Aachen 6982,50—7017,50, Stockholm 9775—9780, Bonn 1813,47—1822,50, London 3 165—174,45, Rupp 3 173,67—3 184,45, Paris 2498,73—2511,27, Zürich 6792,97—6827,03, Brau 1118,19—1123,81.

### Stiefelentwurf.

Berlin, 9. Mai. Die Tendenz blieb auch im heutigen Freiverkehr fest, namentlich für Montanwerte. Petroleumwerte waren ebenfalls wieder stark begehrt. Erdölaktien

fellten sich auf 180,000, Bism 45—46 000 und Deutsche Petroleum auf 66—67 000. Von Montanaktien gingen Bismut mit 155,000, Wambacher mit 65—67 000, Oberberg mit 82 000, Laura mit 80—81 000, Schader mit 35 000, WAG, mit 40 000, Mansfelder mit 61 000 und WAG, mit 54 000, Von Bismutwerten die gut gehalten waren, fellten sich Bismut auf 205 000, Bismut Handelsaktien waren auf 108 000 gekräftigt. Von Schiffaktien, die gleichfalls im Aufsteig begriffen waren, gingen Norddeutscher Lloyd mit 41 000, Kaiserfahrt mit 85 000, Santa Domingo mit 47 000, Kosmos mit 110 000 und Deutsche Luftfahrt mit 170 000, Santa-Domingo wurden mit 15 000 gerammt. Luftfahrtaktien fielen sich auf 32 750 auf 38 000 Markt.

### Wronkauermarkt.

Berlin, 9. Mai. Einos regere Kauftrieb bei fetteren Breiten. (Wirtschaftlich.) Trahiger. Weizenroggenstroh 21 500—24 000, brauner. Saferstroh 19—21 000, bindfahengebrechtes Weizenroggenstroh 22—23 500, lok. und gebundenes Krummstroh 17 500—19 000, Safer 23 500—27 500, harsdelsfähiges den 18—19 500, gutes den 21—22 500, Saferstroh 31 000, Treber 30 000, Saferhalm 25 000, Saferhalm 23 000, Strohhalm 18 000, Raimenroggenstroh 29 000 für 50 kg einschließl. Verpackung. Alles ab Verladeort.

Mittagsbörse. Antilich wurden notiert per 50 kg. ab Station: Weizen, märkischer 71—72 000, Roggen, märkischer 63—63 500, pommerscher und schlesischer 62 500—63 000, Sommergerste, märkische 53—53 500, Safer, märkischer 53—54 000, pommerscher 52—54 000, schlesischer 51—52 000, Mais Lato Berlin 68—69 000, magonnenf. Hamburg 67—67 500, Weizenmehl per 100 kg. frei Berlin 190—210 000, feinste Marken über Notz bezahlt, Roggenmehl per 100 kg. frei Berlin 150—156 000, Weizenmehl per 100 kg. frei Berlin 14—32 000, Roggenmehl 30—31 600, Mais 125—130 000, Weizen 125—130 000, Weizenbrot 90—95 000, Mehl Speiseerbsen 75 000, Futtererbsen 50—55 000, Weizenbrot 50—70 000, Maltbrot 50—55 000, Weizen 70 000, Rapsmehl, blau 75—80 000, gelbe 105—112 000, Zerdehls 150—160 000, Rapskörner 32—33 000, Weizenbrot 75 000, Weizenbrot 21—23 000, vollwertige Zerdehls 29—30 000, Torfmehl 30 70—18 90 000, Kartoffelkosten 31 000.

### Berliner Schlachtwirtschaft vom 9. Mai.

Der Auftrieb betrug 1196 Rinder, 231 Ochsen, 324 Bullen, 641 Kühe und Färsen, 2563 Kälber, 1891 Schafe, 6370 Schweine, 85 Flegel, 105 Ferkel, 111 000, Zerdehls 150—160 000, Rapskörner 32—33 000, Weizenbrot 75 000, Weizenbrot 21—23 000, vollwertige Zerdehls 29—30 000, Torfmehl 30 70—18 90 000, Kartoffelkosten 31 000.

### Berliner Speisefleischmarkt vom 9. Mai.

Butter: Zufuhren noch beträchtlich. Nachfrage lebhafter. Ueberflände schwinden wieder dahin. Notierungen unverändert. Amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Großhandel: 1. Qualität 6500, 2. Qualität 5900—6100 Markt.

Margarine. Die Fabriken legten die Preise schief herauf, um 900 bis 1400 Mark per Pfund auf 5000 bis 7100 je nach Qualität. Käufer benutzten diese Preise noch nicht auf Nachfrage sehr still. Schmalz. Die Konsumnachfrage war sehr schwach, so daß von Umfragen kaum gesprochen werden kann. Auch die amerikanischen Märkte verliefen in guter Tendenz, die weiter nachgegebenen Preise. Dieser Abgang kam in den letzten Wochen jedoch nicht zum Ausdruck, vielmehr durch die Steigerung der Deutschen Preisfestsetzungen zur notwendigen Folge. Die Notierungen sind: Choice Western Steam 5500, Pure Lard 5725, Berliner Wachsen 5800. Späc geringe Nachfrage. Gelegener amerikanischer Rindfleisch 5000—5800 Markt je nach Stärke.

### Berliner Metallpreise am 9. Mai.

Elektrolyt Kupfer 14 000, Raffinadkupfer 11 600—11 700, Schmelzblei 4200—4400, Hobnagel 4500—5100 Aluminium 80—85, Kupferzinn 17 067, Antimon 36 700, 37 000, Weizenmehl 20 300—20 500, Barrensilber ca. 900 (ein) 775—780 000.

### Wirtschaftsnotizen.

Die Stabilisierungsbüro der Reichsbank wirkten auf den Beschäftigungsgrad der Exportindustrie sehr stark zurück. Aus den Folgen der Nachfrageerregung ergab sich weiter erheblicher Auftragsmangel. Aus diesen Gründen liegen auch die meisten Betriebe in den Exportindustrien über eine außerordentlich starke Einschränkung der Arbeitszeit vor. In einigen Städten sind Maßnahmen vorbereitet, die von der Regierung als zuzuführend anerkannt sind. In mitteldeutschen Brauereien sind die Arbeitskräfte durch die Mitterlungen über Betriebsmaßnahmen wesentlich beeinflusst worden. Gegen Ende des Monats sollten die Arbeitsstellen, so daß die Werte kaum den Bestand aufrechterhalten konnten. Durch Abnahme der Exportindustrie verringerte sich der Brauereibedarf der Exportindustrie.

Im Industriebezirk Bitterfeld hat sich die Arbeitsmarktlage erheblich verschlechtert, so daß die Aufnahmefähigkeit der Industrie an Arbeitskräften nicht mehr vorhanden ist und der Zugang dringender geworden ist; neuwinstig 98 Arbeiter können nur in verlässiger Arbeitszeit beschäftigt werden.

Auch in Dessau, Köhlitz, Eichen, Zerbst, Hargersroda und Tuedlingburg wird eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse gemeldet. Die Arbeitsverhältnisse sind in der Gegend von Eichen zu sehen, da im allgemeinen nur noch an wenigen Wochentagen gearbeitet wird.

Die Lage der Eisen- und Stahlwarenindustrie im Schmalzgebiet zeigt sich immer mehr, da der Auftragsbestand in der Hauptstadt recht klein geworden ist, und Betriebsbeschränkungen in zahlreichen Fällen nicht zu vermeiden sind.

Besonders schlecht ist der Beschäftigungsgrad der metallverarbeitenden Industrie, wie auch der Holzindustrie und des Baugewerbes. Die schiffbauwirtschaftliche Textilindustrie ist in ein hartes Armutstadium eingetreten. Mammaringweber und -händler, Wolleweber, Wollweber und die Wollweber-Kammgarn- und Flanellweber sind davon betroffen. Die meisten Betriebe arbeiten mit stark vermindertem Arbeitszeit.

Die Zigarrenfabrikation von Weihen ist fast ganz zum Erliegen gekommen, auch die dortige Schieferindustrie ist ebenfalls durch die Verhältnisse stark in Mitleidenschaft gezogen.

Beranwortliche Redaktion: Politz, Brk. und prov. Zeit. Dr. Kogler. — Sport: M. Dohmer. — Anzeigen: H. Kunt. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt E. Wals, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.



# Beilage zu Nr. 109 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 11. Mai 1923

## Kartoffelunflug.

Das „Berliner Tageblatt“ hat gemerkt, daß die vorjährige Kartoffelernte außerordentlich reich gewesen ist, und es hat etwas davon gehört, daß die Landwirtschaft sich darum bemüht, die noch heute vorhandenen großen Kartoffelvorräte, die wider Erwarten gut durch den Winter gekommen sind, einer volkswirtschaftlich nutzbringenderen Verwendung zuzuführen, als sie zur Bereicherung des Markthausens verkaufen zu lassen. Das „Berliner Tageblatt“ zieht daraus keine Konsequenzen und macht der Landwirtschaft und dem Ernährungsministerium Vorwürfe wegen dieses Bemühens. Denn die Landwirte wollen ja die Kartoffeln nur darum nicht verkaufen lassen, damit sie etwas verdienen. Die dem „Berliner Tageblatt“ nahe liegenden Kreise machen ja ganz gute Geschäfte, aber darum braucht die Landwirtschaft es noch lange nicht! Das Handeltblatt regt sich also darüber auf, daß man sich darum bemüht, die bei uns unter den zur Zeit gegebenen Verhältnissen nicht verwertbare Kartoffelmengen auszuführen, um dafür Getreide einzutauschen. Es ist eigentlich erstaunlich, daß das „Berliner Tageblatt“ erst heute ein Haar in der Sache findet, denn die Verhandlungen über diesen Naturalaustausch mit Polen und der Tschechoslowakei schweben schon seit Wochen. Vielleicht erklärt sich das aber daraus, daß neben der Landwirtschaft auch den Handel sich um die Durchführung dieses Naturalaustausches bemüht hatte, wie eine einige Zeit zurückliegende Meldung der „Wof. Ztg.“ beweist, daß dem Handel das Geschäft aber daneben gelungen ist. Im übrigen wäre es auch der Landwirtschaft lieber gewesen, sie brauchte jetzt nicht Kartoffelausfuhrbeschränkungen zu erwidern, sondern hätte die dem Speisestärkebedarf überschüssigen Mengen im Inlande verwerten können. Das verhindern ja aber die erst vor kurzem und auch nur zum Teil aufgehobenen bürokratischen Beschränkungen der gewerblichen Kartoffelverarbeitung. Und auch das „Berliner Tageblatt“ müßte eigentlich wissen, daß man Kartoffeln nicht wie Leder oder Textilwaren und dergl. jahrelang einlagern kann, um sie in einem günstigen oder geeigneten Augenblick auf den Markt zu bringen. Auf Erörterungen bei maßgebender Stelle ist uns folgendes erklärt worden:

„Die Erörterungen darüber, wie man den außerordentlichen Kartoffelüberschuß des letzten Jahres vor dem Verderben schützen sollte, sind pflichtgemäß in den landwirtschaftlichen Organisationen gepflogen worden. Die Ausdehnung des Verbrauches auf 100 Prozent, die Förderung des Trockenweizens und die Freigabe der Saatkartoffelausfuhr sind Mittel, um solchen Verlusten vorzubeugen. Die verhältnismäßig geringen Kartoffelmengen, die zur menschlichen Nahrung gewöhnlich Verwendung finden, es waren 33 Prozent im Frieden gegenüber 20 Prozent zu Saatweiden,

27 Prozent zu Futterweiden, 2 Prozent zur Trocknung, je 3 Prozent zur Stärkeherstellung und zu Brennweiden, 10 Prozent waren Schwind, zeigen, daß bei einer solchen Notwendigkeit, wie wir sie im letzten Jahre gehabt haben, eine Gefahr für Speisestärkeknappheit nicht besteht. Augenblicklich droht deshalb der Kartoffelhandel, weil die weltweiten Kreise ausbleibend eingebettet sind. Trotzdem ist die Frage der Ausfuhr von Speisestärke nur im Zusammenhang mit der Einfuhr von Brotgetreide besprochen worden, und zwar ist diese Anregung nicht von der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer und ihrem Präsidenten, sondern von anderen Seiten ausgegangen und hat in der Presse bereits in aller Öffentlichkeit eingehende Behandlung erfahren. Zu einem Antrag haben sich diese Gedanken nicht verdrängt.“

## Protestkundgebung des Deutschen Reichstages.

Berlin, 9. Mai.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr mit folgender Ansprache, die die Reichstagsabgeordneten stehend anhören:

„Ihnen allen sind die Schiedensurteile zur Kenntnis gekommen, die gestern abend in Weiden und in Wangen gegen die Vertreter des französischen Vorkrieges und gegen die Generalschaftsführer der Eisenbahner ergangen sind. Landfremde militärische Mächte haben den Versuch gemacht, den Waid an den Eisener Arbeitern zu verhängen dadurch, daß sie die deutschen Landesleute der Ermordeten zu jahrelangen Kerker verurteilen (schäbige Straftate im ganzen Hause). Sie geben sich wohl der kindlichen Auffassung hin, daß sie die Augen der Welt damit blenden können. Sie glauben, daß sie hinter dem dunklen Vorhang der Strafensühne das Blut von sich abwischen können, das an ihren Händen haften bleibt und das sie nicht entfernen können (schäbige Justiztunne). Ich beneide diese Männer um ihr richtiges Urteil nicht. Sittlich wollen wir nicht mit ihnen darüber rechten. Aber

ich belege den Haß,

der damit von neuem zwischen zwei Völkern geist wird (sehr richtig), der immer heißer wird — wie der Vertreter dieses Prozesses es ausgeführt hat — gegen den Willen eines großen Teiles des französischen Volkes, sicher aber mit der bewußten Absicht der derzeitigen Machtgeber (Zustimmung). Und ich darf im Namen des Reichstages den Betroffenen, allen denen, die in den Kerker schmachten, die ihre Heimat verloren haben, den Hinterbliebenen der Gefallenen sagen: Was ihr schuldlos leidet, leidet ihr für euer Volk, und es wird der Tag kommen, der die Qualen, die ihr in den Zeiten der Erniedrigung auf euch genommen habt, aus den Blättern der Geschichte heil und leuchtend zu eurem Ruhme ertrahen, während die Grausamkeit eurer Feinde verächtlich beiseite geschoben wird (schäbige Zustimmung). Wenn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, dann könnt ihr mit Ruhe und Stolz diesem Urteil entgegensehen.“ (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der Antrag Dr. Luanz (D. W.) auf Verlängerung des Ruhegesetzes gegen Wucher usw., bis zum 31. Oktober, wird in dritter Lesung angenommen.

## Reichsfinanzministerium.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird darauf fortgesetzt in Verbindung mit der Interpellation der Mittelparteien über den Markfuß.

Abg. Lange-Wegermann (Ztr.) begrüßt die Tätigkeit der Sparauschüsse. Medner legt ein Antifahrergesetz seiner Partei vor, welches die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer nach dem Zehnfachen dessen berechnen will, was als Einkommensteuer für 1922 gezahlt werden soll. Der Medner begrüßt sodann die Interpellation der drei Mittelparteien über den Markfuß.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes verweist auf seine Ausführungen im Haushaltsausschuß. Die Reichsregierung hat Ermittlungen bei den am Devisenhandel beteiligten wichtigsten Kreisen zur Klärung eingeleitet. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Ermittlungen werden auf der Grundlage der Berandung betreffend Maßnahmen gegen die Devisen Spekulation fortgeführt werden, welche zusammen mit der Wechselkursberichtigung gestern verabschiedet worden ist. Zunehmend ist die Reichsbank in der Lage, jederzeit und bei jedermann über vorhandene Bestände Auffklärung zu verlangen und unmissverständlich erzwungene Zeitsbestände an sich zu ziehen. Das Verbot von Markverkäufen im Ausland außer durch die zugelassenen Banken, die Überwachung der durch diese getätigten Markverkäufe sowie der gesamten Eigenengeschäfte der Banken wird künftig die Gewinnung eines klaren Bildes über die am Devisenhandel beteiligten Kreise und die Verteilung der Mittelände ermöglichen. Mir liegt es fern, mich mit jeder einzelnen Maßnahme der Stützungsaktion zu identifizieren, aber die Gesamtaktion war richtig eingeleitet, und der Reichsbank gebührt Dank, daß sie mit dieser Aktion dem Marktausschlag einen wertvollen Dienst erwiesen hat. Reichsregierung und Reichsbank werden es auch in Zukunft an nichts fehlen lassen zur weiteren Stützung der Mark. Es trostlos unsere gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftslage ist, so sehr bin ich doch der Meinung, daß dieses Bild in weiter Ferne und vielleicht sogar ausschließlich das Ergebnis der Politik Frankreichs und Belgiens ist, die gegen die Lebenswurzeln nicht nur der Deutschen, sondern der europäischen Wirtschaft gerichtet ist. (Sehr richtig.) Dieser Weg kann nur zum Verderben führen. Wir müssen unsere ganzen Kräfte dafür einsetzen, daß endlich ein Boden gewonnen wird für eine sachliche und dauernde Lösung der Reparationsfrage.

Abg. Frölich (Stoma.) behauptet, daß ein Großindustrieller auf Grund solcher Angaben sich einen Reichscredit von 4 Milliarden erschwindelt habe, um ihn sofort zu höheren Zinsen weiter zu verleihen. Mit dem Gelde des Reiches werde an der Börse spekuliert. Ebenso sehe es mit den Ruhrcrediten. Die Firma Lindner in Solingen habe sich für sechs Tage Lohnunterstützung aus der Ruhrhilfe zahlen lassen, in Wirklichkeit aber voll gearbeitet.

Abg. Herz (Soz.) erklärt, daß die Sozialdemokraten in dem Petitionsantrag kein Mittel zur sofortigen Beseitigung des heftigen Steuerunrechts erblicken.  
Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, dem Reichstage bis zum 5. Juni einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Kosten des Aufwandes des hohen Einkommen und Vermögen aufgelegt werden sollen, wird zurückgestellt. Die Ausschüßentischungen auf Vereinfachung der Steuererhebung, Vereinfachung der Verwaltung usw. werden angenommen. Der Haushalt des Finanzministeriums wird bis auf die zurückgestellten Bestimmungen erledigt. Erledigt ist damit auch die Interpellation über den Markkurs. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wird beschlossen.  
Das Haus vertagt sich Freitag 2 Uhr. Verkehrsministerium, Mieterschutzgesetz. Schluß nach 7 Uhr.

### Preussischer Landtag

Berlin, 9. Mai.

Präsident Veinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 40 mit einer Ansprache, in der er das Urteil gebacht, das gestern von dem französischen Kriegsgericht gefällt worden ist. Dieses Urteil ist ein Beweis für das fürchterliche Unrecht, das die belagerten und französischen Einbrecher an Deutschland verüben. Wenn wir heute feierlich Protest erheben gegen diese Vergeßlichkeit, dann müssen wir auch erklären, daß das Maß der Weiden der Aufrechterhaltung bis zur Unmöglichkeit getrieben ist. (Vehafte Zustimmung.) Um so mehr ist die Haltung der Bevölkerung im dortigen Gebiet anzuerkennen und ihre Treue zu unserem Volk und Heimatland. (Allgemeiner allseitiger Beifall.)

Vor der Tagesordnung gibt

Abg. Eimbert (Soz.) die Erklärung ab, daß die Behauptung des kommunistischen Abg. Ebert, daß die Rechte, deren Gegenstand der Abg. Nag geworden ist, von der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen worden sei, eine niederträchtige Verleumdung ist.

Hierauf legt das Haus die Beratung des Kultusrats in der allgemeinen Besprechung fort.

Präsident Veinert nimmt darauf das Wort über das Jochen zu seiner Kenntnis gelangte weitere schwere Urteil in Mainz. Insgesamt sind am Montag und Dienstag 179 Jahre Gefängnis und viele Millionen von Geldstrafen verhängt worden. (Vehafte Beifall.) Es handelt sich hier um den gewöhnlichen Terror und rassistische Anwendung von Gewalt. Auch den in Mainz Verurteilten sprechen wir unsere Anerkennung für ihre Verhalten aus und unsere Teilnahme.

Abg. Koch-Dehnbauer (Zf.) Alles in allem ist die sozialdemokratische Partei auf ihrem abstoßenden Standpunkt gegen die Kirche verblieben. Immer noch wird der Kirche unterstellt, sie unterminiere den Staat. Wenn sie die Bezeugung des ehemaligen Herrscherhauses hier und da propagiert, so ist dies ein einfacher Akt der Pietät, aber keine Unterminierung des Staates. Auch haben wir die Empfindung, daß die Ausdrücke „Höferversammlung“ und „Höferversammlung“ abgegriffen sind.

Abg. Münchmeyer (Df.) Die Deutsche Volkspartei bedauert es außerordentlich, daß das Reichsschulgesetz noch immer auf sich warten läßt.

Abg. Kleinfeld (Soz.) Die Forderung des konfessionellen Religionsunterrichts ist nicht der Rücksicht auf die Religion, sondern lediglich der auf die Kirche entsprungen.

Abg. Delage (Zf.) lehnt den Vordrucker als Gegner einer Weltanschauung ab. Der Minister müsse einen mehr abstrahierenden Standpunkt einnehmen. Der Forderung der Deutschnationalen auf Vertiefung der Grundschule müsse entsprochen werden.

Damit ist die Beratung des ersten Abschnittes im Kultushaushalt beendet.

Es folgt der zweite Abschnitt des Lehrerbildungswesens Schulaufsicht, Volkshochschule, Volkshochschulen usw.

Abg. Vuffowich (Zf.) An dem Reformwerk der Schule sollen nach dem Wünsche des Ministers alle Parteien mitarbeiten. Dazu sind wir bereit. Da müssen aber auch die Anregungen und Wünsche einer so großen und bedeutenden Partei wie der unteren gebührend berücksichtigt werden. Der bloße Parteimann ist zum Jugendberzucker ungeeignet. Die Reform der Lehrerbildung muß auf alle Weise beschleunigt werden. Schon mit Rücksicht auf den Lehrermangel.

Abg. Schwarzkopf (Df.) Auf die Gleichberechtigung aller drei Volksschularten kommt es an. Den Boden der rein materialistischen Weltanschauung beginnen immer weitere Kreise des Volkes zu verlassen.

Freitag 12 Uhr: Einberufung gegen den Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten. Kleine Vorlagen. Kultushaushalt.

Schluß: 5 1/2 Uhr.

### Politische Rundschau

#### Der Protest des Kruppischen Betriebsrates.

Essen, 9. Mai Der Betriebsrat (Arbeiter- und Angehörigenrat) der Friedrich-Krupp-W.G. hat heute vormittag folgenden einstimmigen Protest angenommen:

Durch das vom französischen Kriegsgericht zu werden am 8. Mai 1923 gefällte Urteil aufs höchste empört, erheben wir vor aller Welt den schärfsten Protest gegen dieses

allen Recht höhnischende Urteil des französischen Militarismus. Der Vorsitzende unseres Ausschusses, Mitglieder unseres Direktoriums und unser Kollege Müller sind dem Gewaltspruch zum Opfer gefallen. Dieses Urteil zeigt uns mit aller Deutlichkeit, daß die brutale Macht der Machthaber selbst vor dem heiligen Recht der Arbeitnehmer nicht halt macht. Wer werden uns auch durch dieses Urteil in unsern Kampf um das Recht der freien Arbeit nicht niedriger zwingen lassen. Wir als die Arbeitnehmersvertretung des größten industriellen Wertes wenden uns an das stolze Volk in aller Welt und rufen dieses auf, mit uns gemeinsam den Kampf zu führen gegen Militarismus und Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

#### Einmarsch der Düsseldorfener Regierung.

Düsseldorf, 9. Mai. Aus Anlaß des Urteils im Werder-Krupp-Prozess hat der leitende Regierungsratspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Lutterbeck, an General Devignes folgendes Schreiben gerichtet:  
Mit einem Aufseher der Empörung und Enttäuschung hat das deutsche Volk die geradezu ungeheuerliche Schmach des Herrn bevollmächtigten Ministers und außerordentlichen Gesandten Dr. Krupp von Bohlen und Halbach sowie der Direktoren der Firma Krupp und des

Vertreters der Arbeiterschaft der Firma Krupp vernommen. Ich mache mich lediglich zum Dolmetscher der Gefühle der mit anvertrauten Bevölkerung, wenn ich gegen dieses Urteil, das sich in der inneren Überzeugung eines jeden Deutschen als schuldig erkennt, flammenden Protest erhebe. Jedermann weiß, daß das Urteil sich gegen Männer richtet, die in Wahrung ihrer berechtigten Interessen, nämlich des Schutzes des Privateigentums der Firma sowie des Schutzes ihrer Produktionsmittel, in friedlicher Absicht gegen den nach ihrer und der ganzen deutschen Bevölkerung an sich völlerrechtswidrigen Eingriff protestieren. Das Urteil mutet um so unerträglicher an, als bis heute nicht bekannt wurde, daß der militärische Befehlshaber, der die Verantwortung für das ungerechtfertigte Schießen auf friedliche Arbeiter trägt, und dadurch die zahlreichen Blutopfer verschuldet hat, zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Das Werderer Urteil kann nicht anders gewertet werden, denn als Verstoß der militärischen Macht, die Schuld an den blutigen Vorgängen am Kar-Sonabend in Essen abzumäßen und der Verleitung der Firma Krupp aufzubürden. Ein Verstoß, der dem wahren Recht gegenüber um so ausfichtloser bleiben muß, als bisher überall im besetzten Gebiet Demonstrationen derselben Art in industriellen Werken stattgefunden haben, sobald fremdes Militär in die Werke eindringt, ohne daß es meines Wissens bisher der Bestrafung eingeklinken wäre, diese zu verbieten, zu verhindern oder selbst nachträglich zu bestrafen.

Ich muß von Ihnen, Herr General, von jeder anderen an maßgebender Stelle in der französischen Armee lebenden Verantwortlichkeit erwarten, daß alles geschieht, damit dem durch das Werderer Urteil aufs tiefste getroffenen Gerechtigkeitsgefühl der deutschen Bevölkerung in dem bevorstehenden Revisionsverfahren Genugtuung geleistet wird. Das Recht ist durch dieses Urteil verletzt worden, es dreht nach Wiederherstellung, sei es durch die Minister selbst, sei es durch ein höheres Forum. Das letzte Wort ist in dieser Sache noch nicht gesprochen.

### Bunte Zeitung

#### Staatsgefährliche Kühnheit.

Der Regisseur Dr. Bernhard Reich studierte jüngst in den Berliner Kammertheatern Georg Kaffers „Kluft nach Benehge“ ein. Auf der Probe, so läßt sich die „Bunte Zeitung“ erzählen, meinte der mitwirkende Darsteller Dietrich: „Kinder, was wir hier treiben, fällt eigentlich als Straftat unter das Gesetz zum Schutze der Mobilität, denn wir arbeiten für Kaffer und Reich.“

#### Moderne Märchen, die zur Wirklichkeit geworden sind.

Ende des Jahres, als der Dollar auf dem besten Wege war, zum Kursstapel von 50 000 emporzuklettern, besuchte ein Deutschamerikaner auf vier Wochen seine deutschen Verwandten und wechselte bei dieser Gelegenheit die mitgebrachten 10 000 Dollar in Geld deutscher Währung um. Da er von seinem Neffe, nachdem er vier Wochen lang im wahren Sinne „herrlich und in Freuden gelebt“, nur etwa den zehnten Teil verbracht hatte, wechselte er den Rest bei seiner Nichte nach Amerika wieder ein und war höchst verärgert, daß er nicht nur wieder zu seinen 10 000 Dollar gekommen war, sondern außerdem seiner Frau ein Geschenk von 6500 Dollar mitbringen konnte!